

VORWÄRTS BERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN

BERLIN

AKTUELL

Sommerfest der Berliner SPD: 20 JAHRE VEREINT

Die Berliner SPD lädt am 8. September zum Sommerfest in das Radialsystem V. Anlass zum Feiern bietet der 20. Jahrestag der Vereinigung der SPD in Berlin. Talkrunden zum Thema, das Comedyduo Manne & Günther sowie P.R. KANTATE mit einem Konzert sorgen für eine bunte Mischung aus Information und Unterhaltung.

„1989 stellte die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR den Machtanspruch der SED und damit letztlich die DDR infrage“, so der SPD-Vorsitzende Michael Müller. „Die SDP war Teil der demokratischen und pazifistischen Bürgerbewegung, deren gemeinsamer Kampf zum Fall der Mauer führte. 1990 waren es die beiden Berliner SPD-Verbände, die vorausgingen und sich auf einem gemeinsamen Parteitag vereinigten. Kurz darauf war die Einheit der Sozialdemokratischen Partei in ganz Deutschland wiederhergestellt. Die Berliner SPD hat sich im wiedervereinigten Berlin in den letzten 20 Jahren zu der ‚Berlin-Partei‘ entwickelt, die über vergangene Ost-West-Grenzen hinweg für die ganze Stadt an einer guten Zukunft arbeitet.“ Das Fest beginnt um 19 Uhr (Einlass: 18.30 Uhr im Radialsystem, Holzmarktstraße 33, 10243 Berlin. Anmeldung: www.spd-berlin.de/sommerfest.

Anti-AKW-Demo am 18. September: SCHLUSS JETZT!

Die Anti-Atombewegung geht wieder auf die Straße: Am 18. September wollen Zehntausende in Berlin friedlich das Regierungsviertel umzingeln und gegen eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten protestieren. Die Berliner SPD ruft zur Teilnahme an den Protestaktionen auf. Unter dem Motto „Atomkraft - Schluss Jetzt!“ soll gegen einen Weiterbetrieb der Atomreaktoren demonstriert werden, die den Weg in eine klimaverträgliche Zukunft mit Erneuerbaren Energien verbauen und das Land vor ungelöste Entsorgungsprobleme stellen. Berliner SPD-Mitglieder treffen sich am 18. September um 12.45 Uhr voraussichtlich an der Reichstagswiese. Genaue Einzelheiten zum Treffpunkt unter www.spd-berlin.de oder www.anti-atom-demo.de/.



Sommer, Sonne, Dampferfahrt: Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit war mit an Bord, als die SPD Treptow-Köpenick Mitte August mit dem Schiff auf dem Müggelsee unterwegs war. In seiner Rede attackierte er die schwarz-gelbe Regierung und wies gleichzeitig auf die Erfolge in Berlin hin - darunter auch die Bildungspolitik.

SCHULE GEMACHT

Von der Kita bis zur Uni: Berlin stärkt die Bildung

Rund 27.000 Berliner Erstklässlerinnen und Erstklässler starten derzeit in das neue Schuljahr. Glückwünsche und Informationen zur Einschulung gibt es am letzten August-Wochenende auch wieder von der SPD.

Berlin hat viel in Bildung investiert. Angefangen bei der Kita, deren Besuch jetzt auch im zweiten Jahr kostenlos ist. Ab 2011 entfallen die Beiträge für die gesamte Kitazeit. Damit werden normal verdienende Familien entlastet und Kinder gefördert, deren Eltern sich einen Kitabesuch sonst nicht leisten würden. Zwischen 2007 und 2011 stiegen die Kita-Ausgaben in Berlin von 766 Millionen Euro auf 978 Millionen Euro. Geld, das auch in deutliche Qualitätsverbesserungen investiert wird, in kleinere Gruppen und individuellere Betreuung.

Alle Berliner Grundschulen sind Ganztagschulen, Kinder werden ganztägig unterstützt durch Lehrkräfte, Erzieherinnen und Sozialarbeiter in Kooperation mit freien Trägern der Jugendarbeit, mit Sportvereinen und Musikschulen. „Die Grundschule wird zunehmend zum Lern- und Lebensort mit anspruchsvollen Angeboten auch in der Freizeit“, so Bildungssenator Prof. Jürgen Zöllner.

In die Sanierung und Modernisierung

der Schulen fließen von 2009 bis 2011 mehr als eine Milliarde Euro. Alte Heizungen wurden ersetzt, Gymnasien und Integrierte Sekundarschulen werden mit Mensen ausgestattet.

Im Verlauf des Jahres 2010 wurden in Berlin 773 Lehrkräfte neu eingestellt. Zusätzlich erhielten knapp 400 befristet Beschäftigte einen unbefristeten Vertrag. Durchschnittlich kommt in Berlin auf 15 Schüler/innen eine Lehrkraft. Der Bundesdurchschnitt liegt mit knapp 17 Schüler/innen deutlich darüber.

In der Sekundarstufe I gibt es künftig nur noch 2 Schularten: Das Gymnasium und die Integrierte Sekundarschule. Haupt-, Real- und Gesamtschulen gehen in die neue Integrierte Sekundarschule über. Hier lernen Schülerinnen und Schüler gemeinsam, profitieren von künftig kleineren Klassen und einer stärkeren individuellen Förderung. Das bedeutet mehr Chancengleichheit. Das Duale Lernen sorgt für eine frühzeitigere Berufsorientierung. Bildungssenator Zöllner: „Berlin leistet sich bundesweit mit die höchsten Bildungsausgaben pro Schülerin und Schüler - und darauf können wir stolz sein. Dieses Geld ist sehr gut angelegt in die Zukunft der Kinder und die Perspektiven für Berlin.“ ■ **vwb**

TERMINE

Schulreform. Die AfB-Charlottenburg-Wilmersdorf und die Ku'dammabteilung 77 laden zur gemeinsamen Veranstaltung „Schule in Bewegung“ am 15. September 2010 um 19.30 Uhr in die Reformschule Charlottenburg, Sybelstraße 20/21 in 10629 Berlin ein. Anlässlich des Beginns des ersten Berliner Sekundarschuljahrs und des dritten Gemeinschaftsschuljahrs diskutieren u.a. Staatssekretärin Claudia Zinke, die Schulleiter Matthias Grunewald und Paul Schuknecht sowie Dr. Felicitas Tesch, MdB, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Stadtteiltage. Die Abgeordneten der SPD-Fraktion setzen ihre Stadtteiltage mit Informationsbesuchen, Gesprächen und Veranstaltungen in ihren Wahlkreisen fort. Am 1. September lädt Karin Seidel-Kalmutzki zum Stadtteiltag nach Lichtenberg, in seinem Weddingener Wahlkreis ist Ralf Wieland am 10. September unterwegs und Annette Fugmann-Heesings Schöneberger Stadtteiltag findet am 16. September statt. Nähere Auskunft zum Programm der Berliner Stadtteiltage gibt in der SPD-Fraktion Rowena Paeche unter der Rufnummer 23 25 22 34. Alle Termine auch im Internet: www.spdfraktion-berlin.de/

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Berlin
Redaktion:
Ulrich Horb (v.i.S.d.P.)
Anschrift:
Müllerstr. 163
13353 Berlin
Tel.: 030-4692150
Fax: 030-4692240
Mail: vorwaerts@spd-berlin.de

MEHR VERANKERUNG IM KIEZ

Konsequenzen aus der Ortsvereinsbefragung von Rüdiger Scholz

Bundesweit hat die SPD im Frühjahr die rund 10.000 Ortsvereine, wie die SPD-Abteilungen außerhalb Berlins heißen, über ihre politische Arbeit befragt. Die Ergebnisse dieser Befragung bilden eine zentrale Grundlage, um in den kommenden Monaten über die Reform unserer Parteiarbeit zu diskutieren.

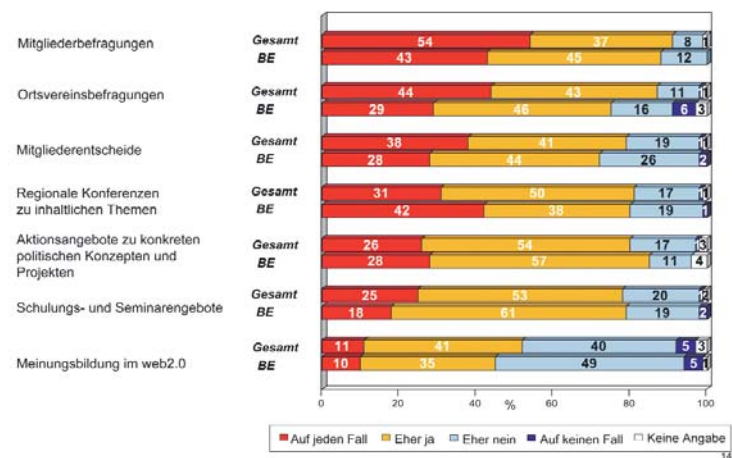
Unter dem Schlagwort „Reformwerkstatt Mitgliederpartei“ wird die SPD in Berlin ebenso wie bundesweit ihre Arbeitsweise hinterfragen und Vorschläge zur Optimierung von Strukturen, Methoden und Verhaltensweisen auf allen Ebenen der Partei erarbeiten. Die Zielsetzung ist klar: Die Stärkung der Mitglieder- und Volkspartei, mit einem hohen Maß an innerparteilicher Demokratie und breiter Verankerung in der Gesellschaft.

Das erste Ergebnis, das uns die Ortsvereinsbefragung liefert, ist sehr erfreulich: Bundesweit haben sich über 40% aller Ortsvereine an der Befragung beteiligt, in Berlin haben sogar 65% der Abteilungen mitgemacht. Mit einer so hohen Beteiligungsquote hatten die im Vorfeld zu Rate gezogenen Expertinnen und Experten niemals gerechnet. Vielmehr war man durch Erfahrungen vergleichbarer Befragungen in anderen Organisationen davon ausgegangen, dass die Befragung bei einer Rücklaufquote von 20% auf große Akzeptanz stoßen würde.

Diese positive „Überraschung“ zeigt zweierlei: Einerseits macht sie deutlich, dass die Ortsvereine und Abteilungen als Basisorganisation der SPD in der Breite sehr wohl handlungsfähig sind, die Struktur an dieser Stelle also offensichtlich im besten Sinne funktioniert. Dass die Befragung dabei zumeist Thema in Abteilungsversammlungen oder -vorstandssitzungen war und die Fragebögen gemeinsam beantwortet wurden, unterstreicht diesen Eindruck der Handlungsfähigkeit.

Andererseits ist die hohe Beteiligungsquote auch Ausdruck einer Erwartung, dass sich unsere Partei weiterentwickelt und Angebote eröffnet, in die sich die viel beschworene „Parteibasis“ einbringen kann. Stichworte hierzu sind u.a. die Diskussion um die politische Bilanz der elf sozialdemokratischen Regierungsjahre im Bund, die Positionsbestimmung in wichtigen bundespolitischen Themenfeldern, wie sie mit dem Bundesparteitag Ende September erfolgt, oder auch die Beteiligung, wenn es um die inhaltlichen Schwerpunkte sozialdemokratischer Stadtpolitik in Berlin geht.

Welche Instrumente der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung sollen in der SPD zukünftig verstärkt eingesetzt werden?

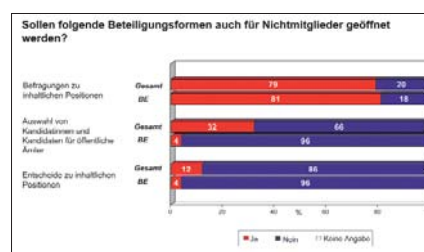


Regionale Konferenzen haben für die Berliner SPD-Abteilungen eine stärkere Bedeutung. Wenig Vertrauen setzen die Funktionäre in das Web 2.0. (BE = Berlin)

„Funktionärsystem“ findet keine ausreichende Akzeptanz

Denn eines der deutlichsten Ergebnisse der Befragung ist der große Wunsch, die Parteibasis künftig direkter in die innerparteiliche Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einzubinden - über Instrumente wie Mitglieder- und Ortsvereinsbefragungen oder Mitgliederentscheide. Mit Blick auf die Parteireformdebatte zeigt dies, dass die traditionellen Wege der Entscheidungsfindung und ihrer Vermittlung sowie die Einbindung der Parteibasis über unser „Funktionärsystem“ nicht hinreichend funktionieren bzw. keine ausreichende Akzeptanz finden.

Dabei gibt es eine große Offenheit dafür, Nichtmitglieder in die Meinungsbildung zu inhaltlichen Fragestellungen einzubeziehen - bundesweit sind 79%, in Berlin sogar 81% aller Ortsvereine dafür. Klare Grenzen werden allerdings gezogen, wenn es um Entscheidungen geht: Hier sind bundesweit nur 32% der Ortsvereine dafür (in Berlin sogar nur 4%), sich bei der Entscheidung über Kandidatinnen und Kandidaten für öffentliche Ämter für Nichtmitglieder zu öffnen. Bei Entscheidungen über inhaltliche Positionen votieren bundesweit 12% der Orts-



Umfrageergebnis: In wesentlichen Punkten sollen Mitglieder die Entscheidungsrechte haben. (BE = Berlin)

vereine (in Berlin erneut nur 4%) für die Einbeziehung von Nichtmitgliedern. Fazit: Es wird eine große Beteiligung weit über die eigene Partei hinaus angestrebt, wenn es um die inhaltliche Positionsentwicklung geht.

Mit der Mitgliedschaft in der SPD wird aber das „exklusive Recht“ verbunden, über Positionen und KandidatInnen zu entscheiden - dabei wird die Erwartung formuliert, dass die Mitglieder und Ortsvereine künftig stärker und direkter in zentrale Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Alarmzeichen für die Volkspartei: Kaum Zusammenarbeit im Kiez

So richtig und wichtig die Einbeziehung von Nichtmitgliedern und anderer gesellschaftlicher Gruppen in den Meinungsbildungsprozess bewertet wird, stellt sich jedoch die Frage, wie und wo dies umgesetzt werden kann. Die in der Befragung hierfür ermittelten Potenziale zeigen auf der Abteilungsebene ein eher dramatisches Bild: Gleichgültig, ob Sportvereine, Kulturschaffende, Jugendverbände oder -einrichtungen, Gewerkschaften, Kirchen, Umweltverbände oder Freizeitorganisationen - die Mehrheit der bundesweit befragten Ortsvereine und unserer in Berlin befragten Abteilungen gibt an, dass sie hier keinerlei Zusammenarbeit zu Organisationen und Vereinen im eigenen Kiez aufzuweisen hat. Lediglich mit Bürgerinitiativen gibt es häufiger Kontakt und Austausch.

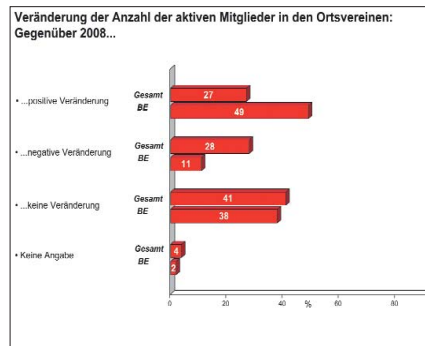
Der geringe Grad des Kontaktes und der Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen im eigenen Umfeld muss für eine Volkspartei ein Alarmzeichen sein. Hier geht es in den nächsten Monaten darum, den Ursachen weiter auf die Spur zu kommen. Vermut-

lich ist es im Regelfall nicht so, dass man mit „anderen“ nichts zu tun haben will, vielmehr ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der zeitlichen Ressourcen der Ortsvereine bereits für die organisatorischen Kern- und Pflichtaufgaben drauf geht. Für die Zusammenarbeit mit anderen - sozusagen der „Kür“ - bleibt dann nur noch wenig Zeit und Kraft übrig. Daher muss die Entlastung der Ortsvereine und Abteilungen von Bürokratie und Verwaltungstätigkeiten einen weiteren wichtigen Punkt der Parteireformdebatte darstellen.

Berliner SPD startet Mitgliederbefragung

Klar ist aber auch, dass eine Partei mit zurzeit bundesweit rund 560.000 Mitgliedern überprüfen muss, ob sie eine verfasste Struktur mit unzähligen Gremien, Grüppchen und Verästelungen aufrecht erhalten kann und will, die entstanden ist, als man noch über 800.000 Mitglieder zählte.

Hier scheint eine Konzentration auf die wichtigen Kerne, verbunden mit der Arbeit in zeitlich befristeten (!) Projekten sinnvoller, als sich in einer Vielzahl von Arbeitszusammenhängen zu verteilen,

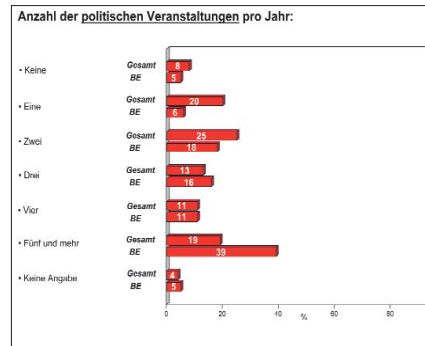


Mehr aktive Mitglieder in Berlin: 49 Prozent der Abteilungen melden eine positive Veränderung gegenüber 2008.

die dem Motto folgt, „jedem Topf sein Deckelchen“.

Die Berliner SPD hat sich zum Ziel gesetzt, sich aktiv in die bundesweit einsetzende Parteireformdebatte einzubringen. Denn als eine augenfällige Besonderheit gilt, dass wir als einziger Landesverband der SPD in den letzten fünf Jahren eine stabile Mitgliederentwicklung aufweisen. Kontinuierlich verzeichnen wir rund 16.000 Mitglieder in unseren Reihen, während andernorts die Mitgliederzahl gesunken ist.

Und da wir wissen, dass unsere Mitglieder mit ihrem Wissen, ihrem Engagement und ihrer Vermittlung von SPD-Po-



Mehr politische Veranstaltungen in Berlin: 39 Prozent der Abteilungen führen fünf und mehr Veranstaltungen pro Jahr durch.

sitionen in ihr privates wie berufliches Umfeld, unser größtes Kapital darstellen, wollen wir im Herbst in Berlin alle Mitglieder befragen, was ihre Erwartungen an die Weiterentwicklung der SPD und im Hinblick auf die richtigen Themensetzungen sind. Und natürlich geht es auch die Fragen nach den individuellen Ansprüchen an Beteiligung und der Bereitschaft, die eigenen Potenziale selbst gezielt die Parteiarbeit einzubringen. Wir zählen auf Deine Unterstützung! ■ **Rüdiger Scholz**

Mehr Informationen zu den Berliner Ergebnissen: www.spd-berlin.de/ov-befragung

NOTIZEN AUS DER SPD BERLIN

Rekommunalisierung. Auf dem Landesparteitag am 13. November im Dahlem Cube wird u.a. das Thema Rekommunalisierung auf der Tagesordnung stehen. Wie die Daseinsvorsorge für die Berlinerinnen und Berliner gesichert werden kann, hat eine vom Landesvorsitzenden Michael Müller geleitete Arbeitsgruppe beraten, deren Ergebnisse vom September an in der Partei diskutiert werden sollen. So könnte das Land Berlin seinen Anteil an den Wasserbetrieben von derzeit 50,1 Prozent wieder deutlich aufstocken, auch die Versorgungsnetze für Strom und Fernwärme, derzeit von Vattenfall betrieben, könnten wieder übernommen werden.

VOR ORT



Im Juli 2010 eröffneten die Abgeordneten Brigitte Lange und Jörg Stroedter sowie die Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert, die ihren Betreuungswahlkreis in Reinickendorf hat, mit ca. 80 Gästen ihr gemeinsames **Bürgerbüro im Waidmannsluster Damm 149**.

Die SPD Schillerpark lädt am 4. September zum **Kinder- und Stadtteilfest im Schillerpark** hinter der Kita Barfusstr. Ecke Edinburger Straße. Die Schirmherrschaft hat Bezirksbürgermeister Christian Hanke.

Eine **öffentliche Mitgliederversammlung** zum Thema „Sozialdemokratische Alternativen zum Sparpaket der Bundesregierung, Schwerpunkt: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik“ veranstaltet die **Abteilung 4 Lichterfelde Ost und Süd** am 7. September ab 19.30 Uhr im AWO-Haus der sozialen Dienste, Osdorfer Straße 121, 12207 Berlin. Auf dem Podium: Barbara Loth, Bezirksstadträtin, und Dr. Joachim Arndt, Referent für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion.

Genossinnen und Genossen aus Tempelhof- Schöneberg sind herzlich eingeladen, an der **1. Zukunftswerkstatt des Kreises** am 11. September von 11 bis 16 Uhr im Rathaus Schöneberg (Brandenburg-halle) teilzunehmen. Die Zukunftswerkstatt steht unter dem Motto „Die Zukunft der SPD hat schon begonnen: Verändern wir sie jetzt!“ **Anmeldungen sind bis zum 3. September 2010 beim Kreisbüro erbeten: Tel. 7812283 oder E-Mail Lena.Heinze(at)spd.de.**



Strahlenden Sonnenschein, aufgeräumte Stimmung, gute Gespräche, kühle Getränke und immer eine Grillwurst auf dem Grill - das alles bot das 5. Terrassenfest der SPD Neu-Westend. Die erfolgreiche Umsetzung der Schulstrukturreform im Bezirk, aber auch die in Neu-Westend rückläufige Kriminalität gehörten zu den Themen des Abends.



Viele Gespräche und gute Unterhaltung gab es am 10. Juli beim Sommerfest der SPD am Rüdeshheimer Platz, wo sich Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit, Senatorin Gisela von der Aue, die Bundestagsabgeordnete Petra Merkel und der Kreisvorsitzende Christian Gaebler vielen Fragen von Bürgerinnen und Bürgern stellten.

JEDE STIMME ZÄHLT

Verein will Teilhabe von Migranten verbessern

Zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen im kommenden Jahr sollen berlinweit Wahlurnen aufgestellt werden und Ausländerinnen und Ausländer zur Stimmabgabe aufgefordert werden. Diese symbolische Ausländerwahl, deren Vorbild die erfolgreiche U18-Wahl ist, bei der unter 18jährige ihre Stimme abgeben, gehört zu den ersten Projekten des neugegründeten überparteilichen Vereins „Jede Stimme“.

„Jede Stimme“ hat sich im Juli als Verein gegründet, um die politische Teilhabe von Migranten zu fördern - eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration, wie die Initiatoren feststellen. Vorsitzender des Vereins ist der Treptow-Köpenicker Abgeordnete Robert Schaddach, der Leiter der Wahlkommission in Ost-Berlin bei der ersten freien Wahl der DDR im März 1990 war. Seine Stellvertreter sind der Spandauer Abgeordnete und SPD-Vorsitzende Raed Saleh, Dr. Jan Stöß, Stadtrat und Kreisvorsitzender in Friedrichshain-Kreuzberg, sowie Serge Embacher. Gemeinsam wollen sie Migranten - über Parteigrenzen hinweg - noch stärker für politische Prozesse interessieren.

„Es reicht uns nicht, dass EU-Bürger über die Zusammensetzung der Bezirksparlamente abstimmen dürfen“, so Raed Saleh. Mehr als 480 000 Ausländer leben in Berlin. Durchschnittlich halten sich Ausländer aus Nicht-EU-Ländern fast 17 Jahre hier auf. Die meisten arbeiten hier, zahlen Steuern und sind wie alle von politischen Entscheidungen betroffen. Wählen dürfen Migranten ohne deutschen Pass aber nicht. Mit der symbolischen Wahl im kommenden Jahr soll die Diskussion über das (Kommunal- bzw. Landes-)wahlrecht für Menschen ohne deutschen Pass wieder in Gang gebracht werden.

Ziel sei es, so die Initiatoren, auf der einen Seite bei Migranten noch mehr Interesse für Politik, die einzelnen Parteien und die Wahlen zu wecken. Auf der anderen Seite sollen auch die Menschen ohne Migrationshintergrund mehr über die politischen Interessen und Anliegen ihrer Mitmenschen ohne deutschen Pass erfahren. Politiker werden ihre Positionen auch gegenüber Migranten erklären müssen, so die Vereinsgründer. ■ **vwb**

Mehr Informationen im Internet unter www.jede-stimme.eu

GEDENKSTÄTTENFAHRT

Berliner SPD in Buchenwald und Weimar

Der Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald steht im Mittelpunkt der Gedenkstättenfahrt der Berliner SPD vom 10. bis 13. Oktober mit dem SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Michael Müller.

Die Abfahrt erfolgt am Sonntag, d. 10. Oktober mit der Bahn, am Montag steht nach einer Stadtführung durch Weimar ein Gespräch mit dem Weimarer Oberbürgermeister Stefan Wolf auf dem Programm. Am Dienstag besucht die Grup-

pe die Gedenkstätte Buchenwald. Die Rückfahrt erfolgt am Mittwoch. Der Teilnehmerpreis beträgt 395 Euro/Person DZ oder 470 Euro /Person EZ. Darin sind u.a. Hin- und Rückfahrt von/bis Berlin mit der Deutschen Bahn, Fahrten mit dem Bus vor Ort sowie drei Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel „Dorint am Goethepark“ mit Frühstück enthalten.

Anmeldeunterlagen im Internet unter www.gedenkstaettenfahrten.de oder anfordern per E-Mail: paperpress@berlin.de oder Telefon: (030) 705 40 14. ■ **vwb**

NEUES PROGRAMM DES ABI ERSCHIENEN

Das Herbstprogramm des August-Bebel-Instituts (ABI) ist erschienen. Mit seinen stadtpolitischen und stadtgeschichtlichen Veranstaltungen greift das ABI viele Facetten einer solidarisches Stadt auf: Wohnungsgenossenschaften in der sozialen Stadt, demokratische Kontrolle von städtischen Räumen und Praxiserfahrungen mit der Berliner Schulreform. „Wir machen ernst mit der Idee, Politik als Werkstatt zu begreifen“, sagt ABI-Geschäftsführer Ingo Siebert. „Dabei beschäftigt uns vor allem der Entwurf von Berlin als eine solidarische Stadt in der ihre Bewohner/innen lebenswert wohnen, lernen, arbeiten und gestalten können.“ Einen weiteren Schwerpunkt bildet in den Monaten September und Oktober die koloniale Geschichte Berlins. Die Ausstellung „freedom roads!“ wird zu Gast in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus sein, und die aktuelle Diskussion um koloniale Straßennamen und postkoloniale Erinnerungskultur soll dort aufgegriffen werden, wo sich im sogenannten Afrikanischen Viertel koloniale Straßennamen befinden und wo sich in den letzten Jahren ein vielfältiges afrikanisches Leben etabliert hat - im Berliner Wedding. Das vollständige Programm ist im Internet unter www.august-bebel-institut.de erhältlich oder kann unter 4692 122 telefonisch bestellt werden. ■ **vwb**



Breites Bündnis: Protestaktion gegen Rechtsextremisten Mitte Juli vor dem Rathaus Schöneberg.

AUFKLÄRUNG ÜBER RECHTSRADIKALE

Aufklärung statt Populismus: Nach den Protestaktionen gegen den Parteitag der rechtspopulistischen Partei „Pro Deutschland“ in Berlin setzt die SPD verstärkt auf Information. An gleicher Stelle im Rathaus Schöneberg lud sie daher zu einer Veranstaltung, auf der die geladenen Experten deutlich machten: Die rechtspopulistische „Pro“-Bewegung ist ausländerfeindlich, sie agiert gegen sexuelle Minderheiten, sie tritt islamdiffamierend, demagogisch und frauenfeindlich auf.